

23.03.2021

DR. HUBERTUS KNABE

Vorwärts und schnell vergessen?

Warum wir mehr Aufklärung über die DDR-Vergangenheit brauchen

Einer Umfrage vom Juni 2009 zufolge sind 49 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt. Weitere 8 Prozent sagen sogar, die DDR habe fast nur gute Seiten gehabt. Brächte eine Befragung ähnliche Urteile über die Nazi-Zeit zum Vorschein, ginge zweifellos ein Aufschrei durch das Land.

Politik und Gesellschaft verschließen beharrlich die Augen davor, dass die Verklärung der SED-Diktatur alarmierende Ausmaße angenommen hat. Die Ursachen sind vielfältig. Statt die für das Elend in der DDR verantwortliche Partei zu verbieten und ihr Vermögen zu beschlagnahmen, konnte sie unter neuem Namen einfach weitermachen. In Verwaltungen, Schulen oder Zeitungsredaktionen wurde ein Großteil der alten Kader weiterbeschäftigt. Auch die meisten Verbrechen der SED blieben unbestraft. 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution zieht der Text eine Bilanz der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und fordert, der Verklärung entschlossener entgegenzutreten.

In: Philipp Mißfelder (Hg.), Herausforderung politischer Extremismus: Unsere Demokratie festigen, Engagement stärken, Berlin 2009, S. 46-50.

Dr. Hubertus Knabe

Vorwärts und schnell vergessen?

Warum wir mehr Aufklärung über die DDR-Vergangenheit brauchen

Wie schön muss es sein, in einer Diktatur zu leben: Einer Umfrage vom Juni 2009 zufolge sind 49 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt. Weitere acht Prozent sagen sogar, die DDR habe fast nur gute Seiten gehabt. Brächte eine Befragung ähnliche Urteile über die Nazi-Zeit zum Vorschein, ginge zweifellos ein Aufschrei durch das Land.

Bei der DDR reicht es bestenfalls zu einem kurzen Rauschen im Blätterwald. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, freute sich bei der Vorstellung der Umfrage sogar, dass Ost und West die Ereignisse im Herbst 1989 weitgehend ähnlich bewerteten. Darüber hinaus zeige die Umfrage, „dass wir in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht nachlassen dürfen“. Zu Deutsch: Weitermachen wie bisher.

Politik und Gesellschaft verschließen beharrlich die Augen davor, dass die Verklärung der SED-Diktatur im Osten Deutschlands alarmierende Ausmaße angenommen hat. Seit Jahren schon bringen Umfragen immer erschreckendere Urteile über die kommunistische Vergangenheit ans Tageslicht. 2006 meinten 31 Prozent der Ostdeutschen, die DDR sei keine Diktatur gewesen. Nur noch 25 Prozent der Brandenburger Schüler waren 2008 der entgegengesetzten Überzeugung. 41 Prozent der Ostdeutschen erklärten kürzlich, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, nur 28 Prozent gingen vom Gegenteil aus.

Ausgerechnet zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR erleben wir einen Tiefpunkt bei der Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht. Zwei Jahrzehnte haben offenbar ausgereicht, um in Vergessenheit geraten zu lassen, warum die Ostdeutschen 1989 das SED-Regime

beiseite fegten: Die allgegenwärtige Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst, die vollkommene Rechtlosigkeit des einzelnen gegenüber dem Staat und eine sozialistische Mangelwirtschaft, in der die Städte verfielen, die Umwelt vergiftet wurde und man auf ein stinkendes Plastikauto zehn Jahre warten musste.

Fragt man nach den Gründen für diese Entwicklung, stößt man auf ein ganzes Bündel von Ursachen. Gravierende Fehler wurden bereits zu Beginn der deutschen Einheit gemacht. Statt die für das Elend verantwortliche Partei zu verbieten und ihr Vermögen zu beschlagnahmen, konnte sie unter neuem Namen einfach weitermachen. Unter dem Vorsitz von Gysi schafften die Funktionäre Milliarden beiseite und berieselten die Ostdeutschen jahrelang mit ihrer Propaganda. Erfolgreich schoben sie dabei dem Westen die Schuld für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in die Schuhe, die sie selbst verursacht hatten. Mit 239 Landtags- und Bundestagsabgeordneten verfügt die Partei inzwischen über einen riesigen Politikapparat, der seine Agitation mit Millionen Euro an Steuermitteln finanziert.

Auch die Erneuerung von Staat und Gesellschaft wurde nur halbherzig betrieben. In Verwaltungen, Schulen oder Zeitungsredaktionen wurde ein Großteil der alten Kader weiterbeschäftigt. Eine Überprüfung auf SED-Funktionen hat es in Deutschland nie gegeben. Selbst die Stasi-Überprüfungen erfolgten nur halbherzig. Ehemalige DDR-Zeitungen – wichtig für das Meinungsklima im Osten – waren zum Beispiel ausgenommen. Von den 28.000 Stasi-Mitarbeitern, die in den ostdeutschen Landesverwaltungen ausfindig gemacht wurden, durfte mehr als die Hälfte weiter arbeiten. Ehemalige Oppositionelle hatten hingegen kaum eine Chance, Einfluss zu gewinnen, weil ihnen die SED die beruflichen Qualifikationen verwehrt hatte.

Wenn heute in Frage gestellt wird, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, liegt das auch daran, dass die meisten Verbrechen der SED unbestraft geblieben sind. Über 200.000 Menschen kamen in der DDR aus politischen Gründen ins Gefängnis, mehr als 50 wurden hingerichtet. Hunderte Flüchtlinge wurden an den Grenzen erschossen oder schwer ver-

letzt, Tausende Häftlinge in DDR-Gefängnissen misshandelt. Trotzdem mussten nach der Wiedervereinigung nur 40 Funktionäre eine – meist sehr kurze – Haftstrafe antreten. Seit langem sind alle wieder frei. Nicht ohne Grund verkündete der letzte Chef der Stasi, Wolfgang Schwanzitz, schon vor Jahren, die Geheimpolizei der SED sei „juristisch rehabilitiert“.

Zur Verklärung haben auch die Medien beigetragen. Ob Gregor Gysi oder Markus Wolf – hochrangige SED-Funktionäre waren oder sind in den Talkshows gern gesehene Gäste. Legenden über die angeblichen Errungenschaften der DDR werden bedenkenlos nachgeplappert. Immer wieder wird zum Beispiel verbreitet, die Frauen seien in der DDR besonders emanzipiert gewesen.

In Wirklichkeit waren in der DDR praktisch alle wichtigen politischen Positionen von Männern besetzt. In der Regierung saß nur eine einzige Frau: die Gattin von SED-Chef Erich Honecker. Ähnliches gilt für das angeblich vorbildliche Gesundheitssystem. Zahlreiche notleidende Patienten warteten in der DDR vergeblich auf ein künstliches Hüftgelenk, einen Dialyseplatz oder moderne Medikamente. Nicht ohne Grund starben DDR-Bürger im Durchschnitt drei Jahre früher als Bundesbürger. Auch wer behauptet, die Kinderbetreuung sei in der DDR besser als heute gewesen, sollte sich nur einmal ein Foto eines sozialistischen Kinderspielplatzes anschauen oder daran denken, wie die Schüler jeden Montag beim Fahnenappell stramm stehen mussten. Aus jeder Schulklasse durften nur zwei oder drei Abitur machen.

Dass das alles in Vergessenheit geriet, ist vor allem ein Ergebnis mangelnder Aufklärung. Umfragen unter Schülern haben ergeben, dass die DDR im Geschichtsunterricht kaum vorkommt. Viele Jugendliche halten Honecker für einen ehemaligen Bundeskanzler und denken, die Stasi sei ein Geheimdienst wie jeder andere gewesen.

In manchen Schulbüchern kommt das Wort „Stasi“ nicht einmal vor. Dass bayerische Hauptschüler inzwischen besser über die DDR Bescheid wissen als Brandenburger Gymnasiasten zeigt, dass es vor allem

im Osten massive Defizite bei der Wissensvermittlung gibt. Von den zuständigen Politikern werden sie fast immer schön geredet.

Orte, in denen kritisch über die DDR aufgeklärt wird, sind in Deutschland Mangelware. Von den mehr als 80 Gefängnissen, in denen die SED ihre Kritiker einsperrte, sind nur ganz wenige zu funktionierenden Gedenkstätten gemacht worden. Der Stasi-Knast in Cottbus wurde abgerissen, die triste Haftanstalt in Berlin-Rummelsburg zu schicken Eigentumswohnungen umgebaut. Dafür schießen im Osten nostalgische DDR-Museen wie Pilze aus dem Boden. Ein Berliner „Ostel“ wirbt sogar damit, dass in jedem Zimmer ein Honecker-Bild hängt. Als der für Gedenkstätten zuständige Staatsminister Bernd Neumann (CDU) vor einiger Zeit mehr Geld in die Aufklärung über das SED-Unrecht stecken wollte, wurde ihm der absurde Vorwurf gemacht, er wolle damit die NS-Diktatur verharmlosen. Auf Druck der SPD musste er 2008 sein Gedenkstättenkonzept umschreiben.

Gerade Sozialdemokraten – die in der DDR am meisten unter der kommunistischen Verfolgung litten – biedern sich immer wieder auf unverantwortliche Weise bei den Diktaturnostalgikern an. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering verwahrte sich im Frühjahr 2009 dagegen, „die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen“. Die kommunistische Diktatur beschönigte er mit den Worten, dass „zur DDR immer auch ein Schuss Willkür und Abhängigkeit gehört“ habe. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sekundierte ihm und erklärte: „Dass man die DDR immerfort an den Begriff Unrechtsstaat bindet, halte ich für überflüssig“. Offenbar hofft man, der Linkspartei auf diese Weise Stimmen abzugeben.

Dabei wäre es gerade Aufgabe der Politik, der DDR-Verklärung entschieden entgegenzutreten. Bei jedem anderen Thema lässt sich der Staat die Aufklärung der Bürger Millionen kosten. Ob Kampagnen gegen Aids, zu schnelles Fahren oder Neonazis – für vieles wird in Deutschland sehr viel Geld ausgegeben. Nur bei der Verklärung des Kommunismus legt man die Hände in den Schoß oder findet sogar noch allerlei Gründe, warum man dieser mit Verständnis begegnen müsse. Es wird Zeit, dass

das Schönreden der SED-Diktatur nicht länger verniedlicht wird. Die Demokratie ist zu zerbrechlich, als dass wir es uns erlauben könnten, den Ewiggestrigen das Feld zu überlassen.

Dr. Hubertus Knabe ist Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Der Historiker schrieb u.a. die Bücher „Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“ und „Honeckers Erben. Die Wahrheit über die Linke“ (Propyläen Verlag).